



3. Rundbrief des Bayerischen Landesfrauenrats 2011

Im März 2011: Ausgabe Nr. 3/2011

In Wirtschaft und Politik wird mittlerweile erkannt, dass der drohende Fachkräftemangel zu einem ernstzunehmenden Problem heranwächst. Frauen entscheiden sich selten für die sogenannten „MINT-Berufe“, so dass es hier an weiblichem Nachwuchs mangelt. Junge Männer machen es umgekehrt nicht viel anders: Sie wählen kaum die sogenannten „Frauenberufe“ wie etwa Pflege- oder Erziehungsberufe, was ebenfalls zu einem Mangelzustand führt. Gründe hierfür sind u. a. ein überholtes Rollenverständnis, aber auch das Image der jeweiligen Berufsgruppen. So verbindet man Pflege- und Erziehungsberufe leider immer noch mit geringerem gesellschaftlichem Ansehen und relativ schlechter Bezahlung, während technische Berufe als „unweiblich“ gelten. Ein generelles Problem ist auch, dass viele Frauen sich immer noch wegen schwieriger Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegen die Erwerbstätigkeit entscheiden oder nach einer eingelegten Familienphase nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr zurück in den Beruf finden.

Mittlerweile gibt es vielfältige Bestrebungen, diesen Phänomenen entgegenzuwirken:

- Um das Interesse von Mädchen an MINT-Berufen zu fördern, gibt es z. B. den Girls Day, der am 14. April 2011 bereits zum 10. Mal stattfindet. Premiere hat am selben Tag der Boys Day, welcher - spiegelbildlich dazu -, das Interesse von Jungen an den sogenannten „Frauenberufen“ wecken soll (Informationen zu diesen Veranstaltungen und den bundesweit geplanten Aktionen finden Sie unter folgenden Adressen: www.girls-day.de bzw. www.boys-day.de).
- Zahlreiche Angebote sollen Frauen für MINT-Studiengänge und -Berufe begeistern (www.komm-mach-mint.de).
- Einer der Förderschwerpunkte des durch die Bayerische Staatsregierung aufgelegten Arbeitsmarkt- und Sozialfonds ist der Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf (<http://www.stmas.bayern.de/arbeit/fonds/index.htm>). Projekte für Frauen, die z. B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Qualifizierung langzeitarbeitsloser Frauen zum Gegenstand haben, werden auch durch den Europäischen Sozialfonds mit Priorität gefördert (<http://www.stmas.bayern.de/arbeit/esf2007-2013/kriterien.htm>).
- Die Wirtschaft bemüht sich verstärkt, die Präsenz von Frauen im Berufsleben zu erhöhen. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist das von den bayerischen Metall- und Elektro-Arbeitgeberverbänden aufgelegte Projekt „comeback(me)“. Dies soll Frauen und Männern, nach einer Familienphase den Wiedereinstieg in das Berufsleben erleichtern. Informationen hierzu finden Sie unter http://www.bayme.de/agv/downloads/54483@agv/20110228-Projektblatt_Come_back-final.pdf.
- Der Fachausschuss Bildungspolitik des Bayerischen Landesfrauenrates setzt sich 2011 mit der Thematik „Weiterbildung für nicht erwerbstätige Frauen“ auseinander.

FAZIT: Es ist zu begrüßen, dass Politik und Wirtschaft erkannt haben: Auf die Arbeitsleistung von Frauen kann nicht verzichtet werden, und die sogenannten „Frauenberufe“ müssen größere Wertschätzung durch die Gesellschaft erfahren. Alle Frauen sind aufgefordert, die sich hieraus bietenden Chancen zu nutzen, um so langfristige Erfolge für sich selbst und unser aller Zukunft zu realisieren!

Eine spannende Lektüre wünscht der Bayerische Landesfrauenrat.
Das Präsidium
Die Geschäftsführung

1. Neues aus dem BayLFR:
 - a) Veranstaltung „Frauen in Politik und Wirtschaft“ am 4. März 2011
 - b) Kartenaktion des BayLFR anlässlich des 100. Internationalen Frauentags am 8. März 2011
 - c) Stellungnahme „Werben mit Verantwortung“
2. Rollenbrecher: Performance Wettbewerb 2011
3. Alles dreht sich um die Familie – Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg legt Jahresbericht für 2010 vor
4. Ausländerbeirat: Eine Frau für Münchens Migranten
5. Ratgeber für Schwangere: Neue Informationsangebote des Instituts für Frauengesundheit
6. Schröder und von der Leyen laden zum Frauenquoten-Gipfel
7. Pflege-Gesetz gebilligt
8. Männerquote in Kitas soll steigen
9. Studie „Partnerschaft und Ehe – Entscheidungen im Lebensverlauf“ veröffentlicht
10. 37 Minuten für den Nachwuchs – Egal, wie viel sie arbeiten: Deutsche Väter kümmern sich täglich weniger als eine Stunde lang um ihre Kinder
11. Bundesweite Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft
12. Beschluss – Zwangsheirat wird hart bestraft
13. Fürs Elterngeld zählt nur das Gehalt
14. Gleiche Versicherungstarife für Frauen und Männer
15. Veranstaltungshinweise

1. Neues aus dem BayLFR:

a) Veranstaltung „Frauen in Politik und Wirtschaft“ am 4. März 2011

Anlässlich des Weltfrauentages fand am 4. März 2011 in München die Veranstaltung „Frauen in Politik und Wirtschaft“ statt, welche von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft in Kooperation mit dem Europäischen Parlament und dem Bayerischen Landesfrauenrat durchgeführt wurde.

Frau Hildegund Rüger, Präsidentin des Bayerischen Landesfrauenrates, diskutierte im Podium mit Frau Dr. Angelika Niebler, Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter im europäischen Parlament, Herrn Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. und Frau Rita Chiovini, Konsulin der Republik Ungarn, über die Frage „Frauen in Politik und Wirtschaft – Wo stehen wir?“.

Dabei ging es u. a. um flexible Lösungen für Frauen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um das Für und Wider der Frauenquote, sowie um die durch den Fachkräftemangel bedingten Chancen für Frauen.

Die Podiumsdiskussion mündete in eine lebhafte Diskussion mit den sehr zahlreichen Gästen der Veranstaltung.

Informationen und Bilder zu der Veranstaltung können Sie unter [http://www.vbw-bayern.de/agv/vbw-Themen-Sozialpolitik-Familie und Beruf-Aktuelles-Frauen in Politik und Wirtschaft vbw plaediert fuer Chancen statt Quoten--14750.ArticleID_17975.htm](http://www.vbw-bayern.de/agv/vbw-Themen-Sozialpolitik-Familie_und_Beruf-Aktuelles-Frauen_in_Politik_und_Wirtschaft_vbw_plaedierte_fuer_Chancenstatt_Quoten-14750.ArticleID_17975.htm) herunterladen.

b) Kartenaktion des BayLFR anlässlich des 100. Internationalen Frauentags am 8. März 2011

Der Bayerische Landesfrauenrat versendete anlässlich des 100. Internationalen Weltfrauentags an seine Delegierten und Mitgliedsverbände sowie an die Abgeordneten, Ministerien, Regierungen, Gleichstellungsbeauftragten und weitere wichtige Institutionen eine Karte, auf deren Rückseite Beschwerdemöglichkeiten gegen Frauen diskriminierende Beiträge in den Medien aufgelistet sind. Verbunden wurde dies mit dem Aufruf, diese Beschwerdemöglichkeiten auch zu nutzen, um auf diese Weise zu einem besseren Frauenbild in der öffentlichen Wahrnehmung und damit zu mehr Chancengleichheit beizutragen.

Die Kartenaktion stieß auf außerordentlich große und positive Resonanz, für die wir uns hiermit ganz herzlich bedanken!

Die Karte sowie unser Anschreiben zur Aktion finden Sie auf der Homepage des BayLFR unter <http://www.stmas.bayern.de/frauen/rat/index.htm>.

Bei Bedarf können Sie – solange der Vorrat reicht – noch Karten über die Geschäftsstelle des BayLFR bestellen.

Wir bitten Sie, die Aktion des BayLFR weiter mit tatkräftig zu begleiten!

c) Stellungnahme „Werben mit Verantwortung“

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses des Bayerischen Landesfrauenrates wurde die Stellungnahme „Werben mit Verantwortung“ des Fachausschusses Medienpolitik verabschiedet.

Die Stellungnahme im Volltext und die entsprechende Pressemitteilung können auf der Homepage des BayLFR unter: <http://www.stmas.bayern.de/frauen/rat/index.htm> bzw. <http://www.stmas.bayern.de/frauen/rat/empfehlungen.htm> heruntergeladen werden.

Wir bitten Sie, die Forderungen des Bayerischen Landesfrauenrats zu unterstützen!

2. Rollenbrecher: Performance Wettbewerb 2011

Damit Mädchen und Jungen in Zukunft gleiche Chancen haben, gilt es, das Meer an Vorurteilen zu bezwingen. Nach dem großen Erfolg im Jahr 2010 holen das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus Jugendliche auch in diesem Jahr an Bord der „Rollenbrecher“. Denn Jungen und Mädchen sitzen in einem Boot. Schülerinnen und Schüler sollen sich im Wettbewerb mit dem Thema „Gleichstellung von Männern und Frauen“ kreativ auseinandersetzen sowie mittels einer Performance für andere Jugendliche sicht- und erlebbar machen.

Eine Jury wählt aus allen eingereichten Beiträgen die besten zehn für die Endrunde aus. Für die Bewertung durch die Jury zählen sowohl Inhalt als auch Umsetzung der Performance. Die Preisverleihung und Prämierung der drei bestplatzierten Beiträge des finalen Online-Votings findet am 5. Dezember 2011 in München statt.

Die genauen Teilnahmebedingungen sowie weitere Informationen gibt es unter www.rollenbrecher.de.

3. Alles dreht sich um die Familie – Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg legt Jahresbericht für 2010 vor

Die wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten in Bayern ist ein Schwerpunkt der Arbeit des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb). Dies zeigt der Jahresbericht 2010 des Forschungsinstituts. Die Aufgaben in diesem stark praxisorientierten Forschungsfeld sind inhaltlich breit gefächert. Eine besondere Herausforderung bildet die Umsetzung des Gesamtkonzeptes der Familienbildung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern. In dem vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS) geförderten Projekt arbeiten elf Städte und Landkreise daran, ein Konzept zur Familienbildung vor Ort zu entwickeln.

Auf Basis dieses Konzeptes werden dann Familienstützpunkte errichtet, die als Anlaufstellen und Informationsquellen für Familien dienen sollen. Wichtig ist dabei, dass keine neuen Einrichtungen entstehen, vielmehr sollen die vorhandenen erweitert und in ein Netzwerk integriert werden. So sollen die Familienbildungsangebote übersichtlicher gestaltet und Strukturen aufgebaut werden. Weitere Modellvorhaben, die im Auftrag des StMAS durchgeführt und durch das ifb betreut werden, sind die Hofer Schulbegleitung, zwei Projekte zur Beratung bei Pränataldiagnostik, die Entwicklung eines Konzeptes zur Errichtung von Familienpatenschaften sowie die Begleitung verwitweter Männer.

Der Jahresbericht informiert außerdem über die Vielzahl der Vorträge, Lehraufträge und Veröffentlichungen der Institutsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie über diverse Kooperationen mit anderen Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen. Er gibt zudem einen Überblick über die Forschungsvorhaben für das Jahr 2011.

Quelle: Pressemitteilung Informationsdienst Wissenschaft e.V., 1. März 2011

4. Ausländerbeirat: Eine Frau für Münchens Migranten

Der Ausländerbeirat der Stadt München hat einen neuen Vorsitzenden – eine Frau. Nükhet Kivran wurde am 17. Februar 2011 mit äußerst knapper Mehrheit gewählt. Ihr Gegenkandidat, der bisherige Beirats-Chef Cumali Naz, erhielt 19 Stimmen, auf Kivran entfielen 20.

Seit gut 30 Jahren lebt die Mutter zweier erwachsener Kinder in Deutschland: „Ich bin eine Münchenerin“. Sie gehört der SPD an, ist in der Bildungsarbeit ehrenamtlich engagiert und kündigte an, mit allen Beiräten kooperieren zu wollen.

Mit Kivrans Wahl vollzieht sich auch an der Spitze ein personeller Wandel, den es im gesamten Gremium gibt. 35 der 40 Beiräte sind erstmals gewählt worden, darunter viele jüngere Kandidaten. Besonders bemerkenswert ist die Geschlechterparität: 20 Beiräte sind weiblich.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 17. Februar 2011

5. Ratgeber für Schwangere: Neue Informationsangebote des Instituts für Frauengesundheit

Der neue Newsletter des Instituts für Frauengesundheit Tübingen informiert werdende Mütter mit vielfältigen Themen rund um die Schwangerschaft. Jede Woche erscheinen aktuelle Informationen, wie z.B. zur Folsäure-Prophylaxe oder vorgeburtlichen Untersuchungsmethoden. In Kürze startet auch ein allgemeiner Newsletter rund um die Frauengesundheit – erstes Thema darin sind die Hormone. Das Institut für Frauengesundheit an der Universitätsklinik Tübingen ist die zentrale Anlaufstelle rund um die Gesundheit der Frau. Es wurde mit Unterstützung der Baden-Württemberg Stiftung gegründet und hat sich der Prävention, Information und Erforschung frauenspezifischer Erkrankungen verschrieben.

Für den Newsletter können Sie sich anmelden. Informationen finden Sie unter www.institut-frauengesundheit.org.

Quelle: BW Stiftung Aktuell März 2011

6. Schröder und Leyen laden zum Frauenquoten-Gipfel

Die Bundesregierung hat ein Treffen mit Wirtschaftsvertretern über die Einführung einer Frauenquote angekündigt. Am 30. März 2011 wollen sich Familienministerin Schröder und Arbeitsministerin von der Leyen (beide CDU) mit den Arbeitsdirektoren der dreißig Unternehmen aus dem Deutschen Aktienindex (DAX) treffen.

Die Bundesregierung will beim Thema „Frauenquote in deutschen Chefetagen“ gemeinsam mit der Wirtschaft eine Lösung finden. Schröder soll zusammen mit von der Leyen einen Vorschlag für eine Frauenquote in Unternehmen erarbeiten. Die Familienministerin hält dabei eine flexible Regelung für sinnvoll: Die Unternehmen sollen sich selbst eine Frauenquote setzen, zu deren Einhaltung sie dann aber gesetzlich verpflichtet sein sollen. Von der Leyen hatte dagegen für eine verbindliche Mindestquote in Führungsetagen plädiert; danach sollten Unternehmen bis 2013 mindestens 30 Prozent der Führungsstellen in Vorstand und Aufsichtsrat mit Frauen besetzen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) lehnt eine starre gesetzliche Quote ab. Auch sie will aber den Druck auf die Wirtschaft erhöhen, mehr Frauen in Spitzenpositionen zu bringen.

Quelle: FAZ, 9. März 2011

7. Pflege-Gesetz gebilligt

Das Bundeskabinett stimmte am 23. März 2011 einem Gesetzentwurf von Familienministerin Kristina Schröder für eine Familienpflegezeit zu. Damit erhalten Beschäftigte die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit für maximal 24 Monate auf bis zu 15 Stunden zu reduzieren, wenn sie einen Angehörigen pflegen. Dadurch kann ein Vollzeitbeschäftigter beispielsweise um die Hälfte weniger arbeiten. Das Gehalt beträgt während dieser Zeit 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens. Zum Ausgleich soll der Arbeitnehmer danach wieder voll arbeiten, bekommt aber nur 75 Prozent des Gehalts, bis das Zeitkonto wieder ausgeglichen ist. Die Rentenansprüche sollen in etwa auf dem alten Niveau erhalten bleiben. Sozialverbände kritisieren allerdings, dass in dem Gesetz kein Rechtsanspruch auf die Pflegezeit vorgesehen ist.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 24. März 2011

8. Männerquote in Kitas soll steigen

In Deutschland gibt es große regionale Unterschiede beim Einsatz männlicher Erzieher in Kitas. Während im Norden, und dort vor allem in den Städten Bremen, Flensburg und Kiel, gut elf Prozent der Erzieher männlich sind, ist die Kita-Betreuung im Süden, und dort vor allem in den ländlichen Regionen Bayerns und Baden-Württembergs, nach wie vor nahezu ausschließlich Aufgabe von Erzieherinnen. Das geht aus einer Übersicht der Koordinationsstelle „Männer in Kitas“ an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin hervor.

Auf ganz Deutschland bezogen, liegt der Anteil männlicher Fachkräfte in Kindertagesstätten bei rund drei Prozent. Die regionalen Unterschiede haben ihre Ursache sowohl in verschiedenen Vergütungs- als auch Organisationsformen. Laut einer Umfrage der Hochschule halten es mehr als die Hälfte der Eltern sowie drei Viertel der Kita-Leitungen und Kita-Träger für wichtig, dass Kinder auch von Männern betreut werden. Als Hindernisse für deren Berufseinstieg gelten nach wie vor unvergütete Ausbildungszeiten, das häufig noch geringe gesellschaftliche Ansehen der Erzieher sowie begrenzte Aufstiegschancen.

Das Bundesfamilienministerium will den Anteil männlicher Erzieher mittelfristig deutlich steigern, unter anderem auch über ein von der Europäischen Union finanziertes Modellprojekt in 1300 Kitas in ganz Deutschland, das in diesem Jahr begonnen hat.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 27. Februar 2011

9. Studie „Partnerschaft und Ehe – Entscheidungen im Lebensverlauf“ veröffentlicht

In der vom Bundesfamilienministerium beauftragten Studie „Partnerschaft und Ehe - Entscheidungen im Lebensverlauf“ werden Einstellungen und Erwartungen von Frauen und Männern in Bezug auf die Ehe sowie die Motive für beziehungsweise gegen eine Heirat ermittelt. Dabei wurden unter anderem die Kenntnisse des rechtlichen Rahmens einer Ehe untersucht.

Zentrale Ergebnisse der Studie sind unter anderem:

- Frauen und Männer wünschen sich auf Dauer angelegte Partnerschaften. Sie sind grundsätzlich bereit, in einer Partnerschaft Verantwortung zu übernehmen.
- Die Ehe ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine bewusste Entscheidung. Sie ist auch mit der Erwartung verknüpft, dass die Ehe einen vom Staat geschaffenen und geschützten Rechtsrahmen bietet, der geschlechtergerecht ist und der die Lebenslagen der Menschen berücksichtigt.

- Viele rechtliche Begriffe, wie beispielsweise „Ehegattensplitting“, „Gütertrennung“ oder „Zugewinnngemeinschaft“ sind den meisten Frauen und Männern unbekannt.
- Die Bereitschaft zum nahehelichen Nachteilsausgleich ist nur bei wenigen verheirateten Frauen und Männern vorhanden. Mit dem rechtlichen Akt der Ehescheidung gilt für die meisten ihre Ehe in allen Belangen als erloschen.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen.did=165070.html>.

Quelle: BMFSFJ, 23.12.2010

10. 37 Minuten für den Nachwuchs – Egal, wie viel sie arbeiten: Deutsche Väter kümmern sich täglich weniger als eine Stunde lang um ihre Kinder

Und, wie war es in der Schule? Sind alle Hausaufgaben schon gemacht? So oder so ähnlich stellt man sich das Gespräch mit Sohn oder Tochter vor, nachdem der Vater abends von der Arbeit nach Hause gekommen ist. Es dauert statistisch etwas weniger als eine Dreiviertelstunde, genau 37 Minuten. So viel Zeit widmen berufstätige Väter in Deutschland im Durchschnitt der Kinderbetreuung, wie eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur unentgeltlichen Arbeit von Frauen und Männern ergab.

Die OECD untersuchte, welchen unbezahlten Beschäftigungen Männer und Frauen in 30 Ländern weltweit nachgehen und wie viel Zeit sie dafür verwenden. Demnach sind berufstätige Mütter in Deutschland pro Tag im Schnitt 66 Minuten für den Nachwuchs da – fast doppelt so lange wie berufstätige Väter. „Das lässt sich vor allem mit der gesellschaftlichen Tradition erklären: In fast allen Kulturen sind es zunächst die Mütter, die sich um die Kinder kümmern“, sagt Miranda Veerle, die Autorin der Studie. Haben also beide Eltern einen Beruf, kümmern sie sich zusammengenommen 103 Minuten pro Tag um ihre Kinder.

Dieser niedrige Wert lässt sich damit erklären, dass in der Studie die Betreuung von Kindern bis 18 Jahre untersucht wurde – mit steigendem Alter nehmen die Betreuungszeiten stetig ab, so Veerle. Deutschland liegt beim Zeitaufwand für Kinderbetreuung durch berufstätige Eltern ungefähr im OECD-Durchschnitt.

Darüber hinaus fragte die OECD auch Eltern, die nicht Vollzeit arbeiten, wie viel Zeit sie täglich zur Betreuung ihrer Kinder aufwenden. Dabei zeigt sich: Bei Vätern ist es fast egal, wie viel sie arbeiten – sie verbringen im Schnitt täglich etwa eine Dreiviertelstunde mit den Kindern. Bei den Frauen ist das anders: Wenn sie nicht arbeiten oder einen Teilzeitjob haben, sind sie mehr als drei Stunden pro Tag mit der Kinderbetreuung beschäftigt. Diese Mütter übertreffen den OECD-Durchschnitt deutlich. Dies lässt sich abermals mit der Rollenverteilung in Deutschland erklären. Für Veerle kommen aber auch politisch bestimmte Rahmenbedingungen hinzu: Weil Frauen nach der Geburt eines Kindes eher bereit sind, auch halbtags zu arbeiten, fallen sie in der Studie in die Gruppe der Nichtberufstätigen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 5. März 2011

11. Bundesweite Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft

Wer in Beruf und Alltag in diskriminierender Weise beleidigt, beschimpft, übergangen oder unfair behandelt wird, muss oftmals mit diesen frustrierenden Erfahrungen alleine fertig werden. Viele wissen nicht, dass sie das Recht haben, vor Diskriminierung geschützt zu werden. Oder sie haben keine Information darüber, wo sie Unterstützung finden, wenn sie diskriminiert wurden. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes möchte sicherstellen, dass alle Menschen die Beratung und Unterstützung bekommen, die sie brauchen – und das in der gesamten Bundesrepublik. Deshalb gab Frau Christine Lüders am 21. Februar 2011 den Startschuss für die bundesweite Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft.

Mit der Offensive soll die Gründung von lokalen Netzwerken gegen Diskriminierung gefördert werden, die im Idealfall zu allen Diskriminierungsgründen beraten können. Unter http://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/Projekte_ADS/offene_diskriminierungsfreie_gesellschaft/foerderprogramm/foerderprogramm_node.html erfahren Sie mehr zu den Netzwerken gegen Diskriminierung.

Die ADS ruft auch eine „Koalition gegen Diskriminierung“ ins Leben mit dem Ziel, Ansprechpartner in Ländern und Kommunen zu gewinnen, um mit ihnen gemeinsam Strategien gegen Diskriminierung zu entwickeln. Unter http://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/Projekte_ADS/offene_diskriminierungsfreie_gesellschaft/koalition/koalition_node.html erfahren Sie mehr darüber.

In Zusammenarbeit mit der „Arbeitsstelle Vielfalt“ in der Justizbehörde Hamburg und der „Landesstelle für Chancengleichheit – Brandenburg“ wurde ferner das Projekt „Chancengleich(-heit) prüfen – Diversity Mainstreaming in der Verwaltung“ initiiert und unterstützt Länder und Kommunen bei ihrer Arbeit gegen Diskriminierung. Mehr zu diesem Projekt erfahren Sie unter http://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/Projekte_ADS/offene_diskriminierungsfreie_gesellschaft/chancengleichheit/chancengleichheit.html?nn=1849356.

Quelle: Antidiskriminierungsstelle des Bundes

12. Beschluss – Zwangsheirat wird hart bestraft

Wer Frauen und Mädchen zu einer Zwangsheirat nötigt, wird künftig mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft. Der Bundestag beschloss am 17. März 2011, dies als neuen Tatbestand im Strafgesetzbuch zu verankern. Neu ist außerdem das Recht zur Wiederkehr für Frauen, die nach ihrer zwangsweisen Verheiratung verschleppt wurden. Zudem werden sogenannte Scheinehen stärker bekämpft, die von Ausländern nur geschlossen werden, um in Deutschland leben zu können. Um den Anreiz zu Scheinehen zu mindern, gibt es künftig beim Scheitern der Ehe ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erst nach drei und nicht wie bisher nach zwei Jahren.

Der neue Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich sagte, die deutsche Gesellschaft sei nicht bereit, Zwangsverheiratungen zu tolerieren. Wer den Versuch dazu unternahme, könne sich nicht auf religiöse oder kulturelle Traditionen berufen, sondern mache sich strafbar.

Quelle: Focus online, 17. März 2011

13. Fürs Elterngeld zählt nur das Gehalt

Bei der Berechnung des Elterngeldes dürfen Lohnersatzleistungen wie Streikgeld, Krankengeld oder Arbeitslosengeld I unberücksichtigt bleiben. Das hat das Bundessozialgericht in Kassel am 17. Februar 2011 in drei Urteilen klargestellt. Es sei mit dem Grundgesetz vereinbar, dass bei der Bemessung des Elterngeldes nur Erwerbseinkommen in einem eng verstandenen Sinn zugrunde gelegt werde, entschieden die Richter.

Das Elterngeld soll Einkommensverluste von Müttern und Vätern nach der Geburt eines Kindes ausgleichen. Setzt ein normalerweise berufstätiger Elternteil nach der Geburt des Kindes im Job aus, erhält er ein Jahr lang bis zu 67 Prozent seines letzten Nettoeinkommens, maximal jedoch 1800 Euro monatlich. Als Maßstab wird dabei das durchschnittliche Erwerbseinkommen der letzten zwölf Monate vor dem Monat der Geburt genommen.

Nach Auffassung des Bundessozialgerichts sind weder Streikgeld noch Krankengeld noch Arbeitslosengeld als „Einkommen aus Erwerbstätigkeit“ anzusehen. Auch hätten die Behörden nicht etwa nur solche Monate berücksichtigen dürfen, in denen die Frauen tatsächlich ausschließlich Erwerbseinkommen bezogen. Bei der Festlegung der Kriterien habe der Gesetzgeber sich „im Rahmen seiner Gestaltungsfreiheit“ bewegt, entschieden sie (Aktenzeichen: B 10 EG 17/09 R und andere).

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 18. Februar 2011

14. Gleiche Versicherungstarife für Frauen und Männer

Die Versicherungsbranche steht vor einer Revolution: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat unterschiedliche Tarife für Männer und Frauen für unzulässig erklärt. Die Bewertung des Geschlechts als „Risikofaktor“, wie sie bislang üblich ist, sei eine Diskriminierung, entschieden die Richter in Luxemburg. Damit müssen die Versicherer spätestens ab dem 21. Dezember 2012 geschlechtsneutrale Tarife anbieten. Verbraucherschützer begrüßten das Urteil. Die Versicherer dagegen stellten höhere Tarife für alle Versicherten in Aussicht.

Dem EU-Recht zufolge sind Männer und Frauen gleich zu behandeln. Als die EU-Kommission diesen Grundsatz 2003 in einer Richtlinie konkretisierte, machte sie jedoch für Versicherungskonzerne eine Ausnahme. Diese durften weiter ihre Tarife je nach Geschlecht unterschiedlich kalkulieren. So zahlen Männer derzeit bei Autoversicherungen mehr, weil sie öfter Unfälle verursachen. Auch bei Risikolebensversicherungen sind ihre Beiträge höher, weil sie insgesamt riskanter leben. Für Frauen dagegen sind Rentenversicherungen teurer, weil sie statistisch gesehen länger leben und das angesparte Geld daher länger ausgezahlt wird. Auch für eine private Krankenversicherung zahlen Frauen deutlich mehr als Männer.

Der EuGH kippte diese Praxis jetzt jedoch. Die Gleichbehandlung von Männern und Frauen sei erklärtes Ziel der Europäischen Union, stellten die Richter fest. Wenn Versicherer dauerhaft je nach Geschlecht unterschiedliche Prämien verlangen könnten, laufe das „der Verwirklichung“ dieses Ziels jedoch „zuwider“.

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) geht davon aus, dass das Urteil nur Neuverträge betrifft. Trotzdem kritisierte er den Richterspruch scharf. EU-Justizkommissarin Viviane Reding dagegen sprach von einem „historischen Moment“ und begrüßte, dass alle Verbraucher künftig gleich behandelt werden. Auch der Bundesverband der Verbraucherzentralen hält das Urteil für richtig.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 2. März 2011

15. Veranstaltungshinweise:

- **Ausstellungseröffnung „Justitia ist eine Frau!“**
zum Thema Frauen und Gerechtigkeit

Termin: 4. Mai 2011 um 18 Uhr
Ort: Foyer des Landratsamtes München

Die Wanderausstellung dauert bis 20. Mai 2011.

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 8 bis 17.45 Uhr; Eintritt frei

- **Szenische Lesung „Mehr Stolz, ihr Frauen“**
Die Historikerin Nicola Müller und die Germanistin Isabel Rohner präsentieren Texte von Hedwig Dohm.

Termin: 23. Oktober 2011 um 19 Uhr; Eintritt 8 Euro
Ort: Kubiz Unterhaching

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.unterhaching.de.

➤ **Fachtagung „Diversity Management im Alltag“**

Von der Anti-Diskriminierung zur produktiven Gestaltung von Vielfalt

Veranstalter: Gesellschaft für Politische Bildung e.V.

Termin: 11.-12. April 2011

Ort: Akademie Frankenwarte, Leutfresserweg 81-83, 97082 Würzburg

Informationen zu Anmeldung, Teilnahmebeitrag etc. erhalten Sie unter www.frankenwarte.de.

Impressum:

Bayerischer Landesfrauenrat
Zusammenschluss von 47 Mitgliedsverbänden
Winzererstraße 9
80797 München
Tel.: 089 1261 - 1412
Fax: 089 1261 - 1633
Email: Sabina.Rimmelspacher@stmas.bayern.de
oder: BayLFR@stmas.bayern.de

Verantwortlich: Sabina Rimmelspacher

Der BayLFR ist nicht für die Inhalte fremder Seiten verantwortlich, die über einen Link erreicht werden.